

# *Satzung*

des

**Wasserbeschaffungsverbandes**

**N e u e n h o f**

**in Attendorn - Neuenhof, Kreis O l p e**

**Inhaltsverzeichnis****Erster Teil****Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Name, Sitz, Rechtsform
- § 2 Verbandsgebiet
- § 3 Aufgaben
- § 4 Unternehmen, Plan
- § 5 Mitglieder, Mitgliederverzeichnis
- § 6 Verbandsschau
- § 7 Benutzung der Grundstücke

**Zweiter Teil****Verbandsverfassung**

- § 8 Verbandsorgane
- § 9 Zusammensetzung der Verbandsversammlung
- § 10 Aufgaben der Verbandsversammlung
- § 11 Sitzungen der Verbandsversammlung
- § 12 Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung der Verbandsversammlung
- § 13 Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes, Amtszeit
- § 14 Aufgaben des Vorstandes
- § 15 Sitzungen des Vorstandes
- § 16 Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung des Vorstandes
- § 17 Geschäfte des Vorstehers.

### Dritter Teil

#### Haushaltsführung, Rechnungslegung, Prüfung, Beiträge

- § 18      **Haushaltsführung**
- § 19      **Beiträge**
- § 20      **Beitragsmaßstab**
- § 21      **Erhebung der Verbandsbeiträge**

### Vierter Teil

#### Bekanntmachungen, Aufsicht, Satzungsänderungen

- § 22      **Bekanntmachungen**
- § 23      **Aufsicht**
- § 24      **Änderung der Satzung**

### Fünfter Teil

#### Schlußbestimmungen

- § 25      **Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser**
- § 26      **Inkrafttreten**

## Erster Teil

### Allgemeine Bestimmungen

#### § 1

( 1 ) Der Wasserbeschaffungsverband führt den Namen:

Wasserbeschaffungsverband - Neuenhof

( 2 ) Er hat seinen Sitz in Attendorn - Neuenhof, Kreis Olpe.

( 3 ) Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände ( Wasserverbandsgesetz - WVG ) vom 12.02.1991

#### § 2

##### Verbandsgebiet

Das Verbandsgebiet ergibt sich aus der als Anlage zur Satzung beigelegten Karte.

#### § 3

##### Aufgaben

Der Verband hat die Aufgabe, Trink- und Brauchwasser zu beschaffen und mit dem Wasser die im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke zu versorgen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind die erforderlichen Anlagen zu erstellen, zu unterhalten und zu betreiben.

#### § 4

##### Unternehmen, Plan

( 1 ) Unternehmen des Verbandes sind alle Maßnahmen, Arbeiten und Ermittlungen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben an den Grundstücken und Anlagen dienen.

- (2) Der Umfang der Unternehmen ergibt sich aus dem Verbandsplan vom 10. 06. 1961 und den ihn ergänzenden Plänen. Der Verbandsplan besteht aus schriftlichen Unterlagen:

1	Fragebogen, Berechnungen, Kostenanschlägen
2 - 3	Lageplänen
4 - 7	Höhenplänen
8	1 Hochbehälter
9	1 Rückspülbehälter
10	1 Sammelbrunnen
11	1 Schacht mit Druckminderventil
12	Teilnehmerverzeichnis
13	1 Tiefenbohrung
14	Mitgliederverzeichnis

- (2) -  
Jeweils eine Ausfertigung wird bei der Aufsichtsbehörde und dem Verband aufbewahrt.

#### § 5

##### Mitglieder, Mitgliederverzeichnis

- (1) Mitglieder des Verbandes sind die jeweiligen Eigentümer und Erbbauberechtigten der im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke und Anlagen.  
(dingliche Verbandsmitglieder)
- (2) Der Verbandsvorsteher führt ein Mitgliederverzeichnis und hält das Verzeichnis auf dem Laufenden.

#### § 6

##### Verbandsschau

- (1) Die Verbandsanlagen sind zu schauen. Bei der Schau ist der Zustand der Anlagen festzustellen, insbesondere ob sie ordnungsgemäß unterhalten und nicht unbefugt benutzt werden. Die Schauintervalle werden von der Verbandsversammlung festgelegt.
- (2) Die Verbandsversammlung wählt die Schaubeauftragten und legt deren Wahlzeit fest. Schauführer ist ein vom Vorstand bestimmter Schaubeauftragter.

- (3) **Der Vorstand bestimmt Zeit und Ort der Verbandsschau. Er lädt die Schaubeauftragten, die Aufsichtsbehörde und sonstige Beteiligten, insbesondere technische und landwirtschaftliche Fachverbände rechtzeitig zur Verbandsschau ein.**
- (4) **Über den Verlauf und das Ergebnis der Verbandsschau ist eine Niederschrift anzufertigen. Diese ist vom Schauführer und einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.**
- (5) **Der Vorstand veranlaßt die Beseitigung festgestellter Mängel.**

## § 7

### Benutzung der Grundstücke für das Unternehmen

- (1) **Der Verband ist berechtigt, das Verbandsunternehmen auf den zum Verband gehörenden Grundstücken der dinglichen Mitglieder durchzuführen. Er darf die Grundstücke der Mitglieder betreten, die für das Unternehmen nötigen Stoffe ( Steine, Erde Rasen u.s.w ), vorbehaltlich nach anderen Rechtsvorschriften erforderliche Genehmigungen und soweit nicht ordnungsberhördliche Vorschriften entgegenstehen, von diesen Grundstücken nehmen. Ebenfalls dürfen für das Unternehmen nötigen Stoffe gelagert werden. Bei nichtöffentlichen Grundstücken ist die Benutzung dem Eigentümer außer bei Gefahr im Verzuge vorher anzuzeigen.**
- (2) **Der Verband darf Grundstücke, die öffentlichen Zwecken dienen, nur mit Zustimmung der zuständigen Verwaltungsbehörde benutzen, soweit sie nicht durch Rechtsvorschriften zugelassen ist. Die Zustimmung darf nur versagt werden, soweit eine Beeinträchtigung der öffentlichen Zwecke nicht durch entsprechende Maßnahmen ausgeglichen werden kann.**

**Zweiter Teil**  
**Verbandsverfassung**

**§ 8**  
**Verbandsorgane**

**Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung und der Vorstand.**

**§ 9**  
**Zusammensetzung der Verbandsversammlung**

**Die Verbandsversammlung setzt sich aus den jeweiligen Eigentümern der im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke zusammen.**

**§ 10**  
**Aufgaben der Verbandsversammlung**

**Die Verbandsversammlung hat folgende Aufgaben:**

- (1) Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder**
- (2) Beschlußfassung über Änderungen der Satzung, des Unternehmens, des Planes oder der Aufgabe sowie über Grundsätze der Geschäftspolitik.**
- (3) Beschlußfassung über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes.**
- (4) Wahl der Schaubeauftragten.**
- (5) Festsetzung des Haushaltsplanes sowie von Nachtragshaushaltsplänen.**
- (6) Einspruch gegen die Zwangsfestsetzung des Haushaltsplanes.**
- (7) Entlastung des Vorstandes.**
- (8) Festsetzung von Grundsätzen für Dienst- und Anstellungsverhältnisse und von Vergütungen für Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Verbandsausschusses.**

- (9) **Beschlußfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verband.**
- (10) **Beratung des Vorstandes in allen wichtigen Angelegenheiten.**

## **§ 11**

### **Sitzungen der Verbandsversammlung**

- (1) **Die Verbandsversammlung ist nach Bedarf, jedoch mindestens einmal im Jahr vom Vorsteher einzuberufen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich.**
- (2) **Auf Verlangen von Mitgliedern, die mindestens ein Drittel der gesamten Stimmzahl vertreten, hat der Vorsteher ebenfalls eine Verbandsversammlung einzuberufen. Der Antrag muß schriftlich mit Begründung an den Vorstand erfolgen.**
- (3) **Der Vorstand lädt die Vorstandsmitglieder mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen kann die Frist auf drei Tage verkürzt werden; die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen. Der Vorsteher unterrichtet ferner die Vorstandsmitglieder und lädt die Aufsichtsbehörde ein.**

## **§ 12**

### **Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung der Verbandsversammlung**

- (1) **Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mehr als die Hälfte mindestens aber ein Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Sie gilt als beschlußfähig, solange die Beschlußunfähigkeit nicht festgestellt ist.**
- (2) **Ist eine Angelegenheit wegen Beschlußunfähigkeit zurückgestellt worden, und wird die Verbandsversammlung zur Behandlung desselben Gegenstandes erneut geladen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig, wenn darauf in dieser Ladung hingewiesen worden ist.**
- (3) **Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, wenn er stimmberechtigt ist, sonst gilt bei Stimmgleichheit als Ablehnung.**

- (4) **Jedes Verbandsmitglied, das Beiträge an den Verband zu leisten hat, hat das Recht, selbst oder durch einen Vertreter mitzubestimmen. Der Vorsteher kann vom Vertreter eine schriftliche Vollmacht fordern.**
- (5) **Auf jedes Mitgliedsgrundstück, für welches eine Anschlußgebühr gezahlt wurde, entfällt eine Stimme. Hat ein Grundstück mehrere Eigentümer, so kann das Stimmrecht jedoch nur einheitlich ausgeübt werden.**
- (6) **Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift muß mindestens Angaben enthalten über**
1. **den Ort und den Tag der Sitzung**
  2. **die Namen des Vorsitzenden und der anwesenden Mitglieder**
  3. **die behandelten Gegenstände und die gestellten Anträge**
  4. **die gefaßten Beschlüsse**
  5. **die Ergebnisse von Wahlen.**
- Die Niederschrift ist vom Vorsteher und, soweit ein Schriftführer hinzugezogen worden ist, auch von diesem zu unterschreiben.**

### § 13

#### **Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes, Amtszeit**

- (1) **Der Vorstand besteht aus:**
- einem Vorsteher und weiteren drei ordentlichen und drei stellvertretende Beisitzer.**
- Die Reihenfolge, in der die Stellvertreter eintreten ( erster, zweiter u.s.w. Stellvertreter ) ist zu bestimmen. Der erste ordentliche Beisitzer wird zum Stellvertreter des Vorstehers.**
- (2) **Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig; sie können durch Beschluß der Verbandsversammlung für die Wahrnehmung ihres Amtes eine Entschädigung erhalten. Der Vorsteher erhält Ersatz seiner baren Auslagen und eine jährliche Entschädigung.**
- (3) **Die Mitglieder des Vorstandes und der Vorstandsvorsitzende werden durch die Verbandsversammlung gewählt. Der Vorstandsvorsitzende ist zugleich Verbandsvorsteher. Das Ergebnis der Wahl ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.**

- (4) Die **Verbandsversammlung** kann ein **Vorstandsmitglied** aus **wichtigem Grund** mit **zwei Drittel Mehrheit** abberufen. Die **Abberufung** und ihr **Grund** sind der **Aufsichtsbehörde** anzuzeigen. Diese kann der **Abberufung** innerhalb eines **Monats** nach **Eingang der Anzeige** unter **Angabe der Gründe** widersprechen, wenn der **vorgetragene wichtige Grund** nicht gegeben ist. **Widerspricht die Aufsichtsbehörde**, so ist die **Abberufung** **unwirksam**.
- (5) **Das Amt des Vorstandes** endet am **31. Dezember** zum **ersten male** im **Jahre 1998** und **später alle fünf Jahre**.
- (6) Wenn ein **Vorstandsmitglied** vor **Ablauf der Amtszeit** **ausscheidet**, so ist für den **Rest der Amtszeit** **Ersatz zu wählen**. Das **ausscheidende Vorstandsmitglied** bleibt bis zur **Wahl des neuen Vorstandsmitgliedes** im **Amt**.

#### § 14

#### Aufgaben des Vorstandes

- (1) Der **Vorstand** hat die ihm nach dem **Wasserverbadsgesetz** und nach der **Satzung** zugewiesenen **Aufgaben** zu erfüllen. Ihm **obliegen** insbesondere:
1. die **Aufstellung des Haushaltsplanes** und seiner **Nachträge**
  2. die **Aufnahme von Darlehen**, gemäß des **Beschluß der Verbandsversammlung**
  3. **Verträge** mit einem **Wert des Gegenstandes** von **mehr als 5.000,00 DM** zu **beschließen** und
  4. die **Änderung und Ergänzung** der **Satzung** der **Verbandsaufgabe**, des **Unternehmens** und des **Planes** vorzubereiten und nach **Beschluß** der **Verbandsversammlung** bei der **Aufsichtsbehörde** zu **beantragen**.
  5. Die **Einstellung eines Technikers** und eines **Kassenverwalters**.
  6. Die **Aufnahme und Entlassung** von **Mitgliedern**.
- (2) Der **Vorstand** entscheidet über **Widersprüche** gegen **Bescheide** des **Verbandes**.

**§ 15****Sitzungen des Vorstandes**

- (1) Der Vorsteher lädt die Vorstandsmitglieder mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit.**
- (2) In dringlichen Fällen bedarf es keiner Frist; in der Ladung ist darauf hinzuweisen. Wer am Erscheinen verhindert ist, teilt dies unverzüglich dem Vorsteher mit. Der Vorsteher lädt alsdann den Stellvertreter. Ferner sind zu wichtigen Sitzungen die Aufsichtsbehörde und das Wasserwirtschaftsamt einzuladen**
- (3) Im Jahre ist mindestens eine Sitzung zu halten.**

**§ 16****Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung des Vorstandes**

- (1) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind und alle rechtzeitig geladen sind.**
- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlußunfähigkeit zurückgestellt worden, und wird der Vorstand zur Behandlung desselben Gegenstandes erneut geladen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig, wenn darauf in dieser Ladung hingewiesen worden ist.**
- (3) Beschlüssen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, wenn er stimmberechtigt ist, sonst gilt Stimmengleichheit als Ablehnung.**
- (4) Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Vorsteher und, soweit ein Schriftführer hinzugezogen worden ist, auch von diesem zu unterzeichnen.**

## § 17

**Geschäfte des Vorstehers**

- (1) Der Vorsteher führt den Vorsitz im Vorstand und in der Verbandsversammlung. Er wird durch seinen Stellvertreter vertreten. Ihm obliegen alle Geschäfte, die ihm durch Beschluß der Verbandsversammlung über Grundsätze der Geschäftspolitik übertragen sind.**
  
- (2) Der Vorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Erklärungen durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform; sie sind nach Maßgabe der für den jeweiligen Fall geltenden Regelungen von dem oder den Vertretungsberechtigten zu unterzeichnen. Auf Anforderung erteilt die Aufsichtsbehörde eine Bestätigung über die jeweilige Vertretungsbefugnis.**
  
- (3) Der Vorsteher unterrichtet den Vorstand laufend und die Verbandsmitglieder mindestens einmal im Jahr über seine Geschäfte und führt die erforderlichen Beschlüsse herbei.**

### Dritter Teil

#### **Haushaltsführung, Rechnungslegung, Prüfung, Beiträge**

##### **§ 18**

#### **Haushalts- und Rechnungswesen**

- (1) Für das Haushalts- und Rechnungswesen gelten die Bestimmungen des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände im Land Nordrhein - Westfalen ( NRW AGWVG ) in der jeweils geltenden Fassung.**

##### **§ 19**

#### **Beiträge**

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.**
- (2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen ( Geldbeiträge ) und in Sachleistungen ( Sachbeiträge ). Geldbeiträge werden erhoben als:**
- 1. einmalige Beiträge für den Anschluß,**
  - 2. laufende Beiträge für den Wasserbezug,**
  - 3. einmalige Beiträge für die Aufwendungen des Verbandes, die nicht durch die Beiträge zu Ziff. 1. und 2. gedeckt sind, aufgrund Beschlusses der Verbandsversammlung.**
- (3) Aufgrund Beschlusses des Vorstandes kann in besonderen Härtefällen eine teilweise oder vollständige Befreiung von der Beitragszahlung erfolgen.**

**§ 20****Beitragsmaßstab**

- (1) Ein einmaliger Beitrag wird von jedem Mitglied bei der Herstellung des Anschlusses an die Verbandsanlagen erhoben. Dieser Anschlußbetrag bemißt sich nach der Anzahl der auf dem Grundstück zu erstellenden Wohnhäuser und gewerbliche Anlagen. Der Beitrag wird von der Verbandsversammlung festgesetzt.**
- (2) Der laufende Beitrag verteilt sich auf die Mitglieder im Verhältnis des jährlich bezogenen Wassers. Der Wasserverbrauch wird durch Wassermesser ermittelt.**

**§ 21****Erhebung der Verbandsbeiträge**

- (1) Der Verband erhebt die Verbandsbeiträge auf der Grundlage des geltendes Beitragsmaßstabes durch Beitragsbescheid.**
- (2) Die Erhebung der Verbandsbeiträge kann Stellen außerhalb des Verbandes übertragen werden.**
- (3) Wer seinen Beitrag nicht rechtzeitig leistet, hat einen Säumniszuschlag zu zahlen. Der Säumniszuschlag beträgt 5 von Hundert des rückständigen Beitrages für jeden angefangenen Monat ab 6 Tage nach Fälligkeit.**
- (4) Soweit es für die Durchführung des Unternehmens und die Verwaltung des Verbandes erforderlich ist, kann der Vorstand von den Verbandsmitgliedern Vorauszahlungen auf die Verbandsbeiträge erheben.**
- (5) Der Vorstand setzt die Höhe der Abschlagszahlungen und die Zahlungstermine allgemein fest. Der Gesamtbetrag der Abschlagszahlungen soll nicht höher sein als der voraussichtlich endgültige Beitrag.**
- (6) Der Vorsteher oder Kassenverwalter fordert die Mitglieder zur Zahlung der Beiträge auf.**

## Vierter Teil

### **Bekanntmachungen, Aufsicht, Satzungsänderungen**

#### **§ 22**

##### **Bekanntmachungen**

- (1) **Die öffentlichen Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen entsprechend der Regelung der Hauptsatzung des Kreises Olpe in der jeweils geltenden Fassung.**
- (2) **Die Bekanntmachungen des Verbandes sind unter Angabe der Bezeichnung des Verbandes (§ 1) vom Vorsteher zu unterschreiben.**

#### **§ 23**

##### **Aufsicht**

- (1) **Der Verband steht unter der Rechtsaufsicht des Oberkreisdirektor des Kreises Olpe als unter staatliche Verwaltungsbehörde.**
- (2) **Die Aufsichtsbehörde kann sich, auch durch Beauftragte, über die Angelegenheiten des Verbandes unterrichten. Sie kann mündliche und schriftliche Berichte verlangen, Akten und andere Unterlagen anfordern, sowie an Ort und Stelle Prüfungen und Besichtigungen vornehmen.**

#### **§ 24**

##### **Änderungen der Satzung**

- (1) **Beschlüsse über Änderung der Satzung sind von der Verbandsversammlung zu fassen.**
- (2) **Für Beschlüsse zu Änderung der Satzung genügt die Mehrheit der anwesenden Stimmen. Die Änderung der Aufgabe des Verbandes bedarf einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmen.**
- (3) **Die Änderung der Satzung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Sie ist von der Aufsichtsbehörde öffentlich bekannt zu machen.**

**Fünfter Teil**  
**Schlußbestimmungen**

**§ 25**

**Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser**

- (1) Für die Versorgung mit Wasser gelten ergänzend zu den Regelungen dieser Satzung die Bestimmungen der Vorordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser ( AVBWasserV ) vom 20. Juni 1980 in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Ergänzend zu den Bestimmungen der vorgenannten Verordnung kann der Verband einer Wasserbezugsordnung aufstellen. Die Aufstellung obliegt dem Vorstand. Die Wasserbezugsordnung ist von der Verbandsversammlung zu genehmigen.

**§ 26**

**Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung durch die Aufsichtsbehörde in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung des Verbandes vom 13.08. 1967 mit ihren Ergänzungen außer Kraft.

Olpe, den

*6. Feb. 1996*

**Wasserbeschaffungsverband NEUENHOF**  
**Neuenhof ü. Attendorn**

*[Handwritten Signature]*

Der Oberkreisdirektor  
des Kreises Olpe  
als Untere Staatliche Verwaltungsbehörde

Vorstehende Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Neuenhof wird hiermit gem. § 58 Abs. 2 WVG aufsichtsbehördlich genehmigt.

Olpe, den 24.04.1996  
Im Auftrag

*[Handwritten Signature]*  
(Sprenger)

